

Er erscheint täglich um 6 Uhr früh in der eigenen Druckerei, Kadenystraße 20. — Die Redaktion befindet sich Kadenystraße 24 (Sprachstunden von 5 bis 7 Uhr p. m.), die Verwaltung Kadenystraße 1 (Papierhandlung Jol. Kumpstoll).
Fernsprecher Nr. 58.
Verlag der Druckerei des „Polarer Tagblatt“ (Dr. H. Kumpstoll & Co.).
Herausgeber:
Redakteur Hugo Dudek.
Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich:
Hans Lorbek.

Polarer Tagblatt

14. Jahrgang.

Polen, Montag, 28. Jänner 1918.

Nr. 4124.

Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Niago.

Unter amtlicher Tagesbericht.

Wien, 27. Jänner. (AB.) Amtlich wird verlautbart:

Auf der Hochfläche von Niago und östlich der Brenta war die Artilleriefähigkeit auch gestern sehr lebhaft. Ein schweblicher Angriff gegen unsere Stellungen auf dem Monte Vertica wurde abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Bericht des deutschen Hauptquartiers.

Berlin, 27. Jänner. (AB. — Wolffsbureau.) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet:

Westlicher Kriegsschauplatz: Fast an der ganzen Front blieb die Gefechtsfähigkeit gering. Bei kleineren Unternehmungen südlich von der Ofse und in den oberen Bogesen, südlich von Ruffe, wurden Gefangene eingebracht.

Italienische Front: Auf der Hochfläche von Niago und östlich der Brenta lebhafter Feuerkampf. Ein italienischer Angriff gegen den Monte Vertica scheiterte. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister v. Ludendorff.

Bericht des deutschen Admiralstabes.

Berlin, 26. Jänner. (AB.) Das Wolffsbureau meldet:

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden sechs Dampfer und zwei Fischereifahrzeuge durch unsere Unterboote versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bulgarischer Operationsbericht.

Sofia, 26. Jänner. (AB. — AD.) Der Generalstab teilt mit:

Macedonische Front: Westlich des Prespases, im Cerinabogen und an beiden Ufern des Wardars Artilleriefeuer. Bei Mladan-Male zerstörten wir eine verstärkte französische Patrouille. Eine starke englische Abteilung, welche sich unseren Posten östlich des Wardars nähern wollte, wurde durch Handgranaten vertreiben. Dobrubtschafont: Waffenstillstand.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 26. Jänner. (AB. — AD.) Das Hauptquartier meldet vom 25. Jänner:

An den Dardanellen rege, aber erfolglose feindliche Fliegeraktivität.

Palästinafront: An der Küste konnten wir unsere Linie durch Verstärkung um etwa 2 Kilometer verbessern. Geringe Kampffähigkeit.

An allen anderen Fronten ist die Lage unverändert.

Außerkräftigung von Enthebungen.

Wien, 26. Jänner. (AB.) Einer amtlichen Verlautbarung zufolge wird in der nächsten Zeit eine Verfügung ergehen, daß, von Ausnahmen für die beim Bergbauwesen, bei den Eisenbahnen und bei der Schiffsahrt Beschäftigten abgesehen, alle derzeit bestehenden Enthebungen von Personen der Geburtsjahrgänge 1890 bis 1894 außer Kraft gesetzt werden und auch künftighin bei diesen Jahrgängen und ebenso naturgemäß bei dem jetzt zur Musterung gelangenden Geburtsjahrgange 1900 die Möglichkeit neuer Enthebungen ausgeschlossen wird. Die Einrückung der Enthebenden der Geburtsjahrgänge 1899, 1898, 1897 wird erst am 1. März 1918 und die Einrückung der Enthebenden der Geburtsjahrgänge 1896, 1895, 1894 erst am 3. April 1918 zu erfolgen haben.

Japan.

Tokio, 26. Jänner. (AD.) Bei der Eröffnung des Parlamentes erklärte Minister des Aeußeren Mo-

tano in seiner Rede als den leitenden Grundgedanken der japanischen auswärtigen Politik das englich-japanische Bündnis, woraus hauptsächlich Japans Teilnahme am Weltkriege entspringt und stellte die erfreuliche Besserung in den Beziehungen zu den Verbündeten und die Anerkennung der besonderen Interessen Japans in China durch Amerika fest. Die rasche Entwicklung der Verhältnisse in Russland gestalte kein genaues Bild. Der Minister betonte die Notwendigkeit, bei der Entscheidung über allfällige Maßnahmen klug zu Werke zu gehen und hofft mit Rücksicht auf die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen, daß es dem russischen Volke gelingen werde, ohne Schädigung der Interessen seiner Verbündeten, der Ehre und des Prestiges Russlands ohne starke und dauernde Regierung einzurichten. In Vorbereitung der Friedensvorschläge der Mittelmächte betonte der Minister des Aeußeren das treue Festhalten an dem Londoner Vertrage. Japan habe seinen Willkürten bis heute noch keinerlei Vorschläge über die Friedensbedingungen erhalten. Er glaube auch nicht, daß die Zeit gekommen sei, endgültig Verhandlungen aufzunehmen. Die Verantwortung für die Erhaltung der Sicherheit im fernem Osten liege ganz bei Japan, das keinen Augenblick zögern dürfe, die Bedrohung der Sicherheit abzumehren und vor keinem Opfer zurückzuschrecken, um einen dauernden Frieden für die Zukunft zu sichern.

Rußland.

Petersburg, 24. Jänner. Der Generalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erließ nach einem Referat Trozkis über die Friedensverhandlungen diesem neue Beschlüsse für die Fortführung der Drest-Litowsker Besprechungen. Daraus hatte Trozki längere Konferenzen im Arbeiter- und Soldatenrat. Es ist wahrscheinlich, daß Trozki in den nächsten Tagen wieder nach Drest-Litowsk reisen wird, um an den Friedensverhandlungen wieder teilzunehmen. Bislang sind keine Anzeichen vorhanden, die auf eine Veränderung der Politik Trozkis schließen lassen.

Petersburg, 25. Jänner. Nach hier vorliegenden, nicht kontrollierbaren Nachrichten stud der König von Rumänien, die Königin und die Prinzen gleich nach dem Familienrat aus Cassy geflüchtet. Es heißt, daß sich die königliche Familie ins rumänische Hauptquartier begeben hat, wo sie sich im Schutz zuverlässiger rumänischer Truppen befindet.

Inland.

Friest, 27. Jänner. (AB.) Aus Anlaß des Geburtsfestes des deutschen Kaisers fand heute vormittags in der hiesigen evangelischen Kirche ein Festgottesdienst statt, dem in Vertretung des Statthalters Hofrat von Lohmeyer, Vizemilitär Komdehla, die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden und die Notabilitäten der hiesigen deutschen Kolonie beizwohnten.

Verschiedene Nachrichten.

Zur Haltung der Polen. Die polnische demokratische Union in der Schweiz, die mit dem demokratischen polnischen Organisationskomitee in Polen, Russland und in den Ländern der Westmächte in enger Fühlung steht, und die 1915 von dem gegenwärtigen polnischen Ministerpräsidenten Kucharszewski gegründet und von ihm bis vor einigen Monaten präsierte politische Vereinigung „La Polonoie et la Guerre“ (Union Nationale Polonoise) in Lausanne haben in zwei am 12. und 13. d. gemeinsam abgehaltenen Sitzungen in Lausanne folgenden Beschluß angenommen: 1. In dem historischen Moment, da die kriegsführenden Staaten ihre Kriegsgesetze formulieren, stellen wir in Uebereinstimmung mit dem Willen der ganzen Nation noch einmal fest, daß das Ziel des polnischen Volkes die Wiederherstellung eines unabhängigen, alle polnischen Gebiete umfassenden polnischen Staates mit dem für seine Lebensfähigkeit unentbehrlichen Zugang zum Meere ist. Wir sind überzeugt, daß die Forderungen aus dem allgemeinen Friedenskongreß, an dem Polen gleich den anderen Staaten teilnehmen wird, erfüllt werden. 2. Am Augenblick,

in dem die Mächte des Vierbundes Friedensverhandlungen mit Russland angeknüpft haben, in denen die Rechte des polnischen Staates: aus dieser Hinsicht diskutiert werden, verlangen wir zusammen mit dem ganzen Volke, daß die gegenwärtige Vertretung des Königreiches Polen, die zur Wahrung der polnischen Interessen, allerorts, wo sie bedroht sein können, verpflichtet ist, zu den Verhandlungen in Drest-Litowsk mit gleichberechtigter Stimme zugelassen werde. Die Vertretung einer nur beratenden Stimme widerspricht in krasser Weise den im Prinzip von den beiden fraktionierenden Seiten anerkannten Rechten des polnischen Staates, sowie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. 3. Gemäß diesem Prinzip und gemäß den Forderungen der gegenwärtigen Vertreter der russischen Republik fordern wir die Räumung der polnischen Territorien durch die Okkupationsbehörden, damit das polnische Volk über die Organisation und die Zukunft seines Staatwesens frei entscheiden könne. Wir verlangen, daß auch den Polen in Deutschland und Oesterreich das Recht gegeben werde, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden.

Die Bereitschaftsfrage der amerikanischen Armee. Die einflussreiche New Yorker Wochenschrift „New Republic“, die oft über die Ansichten der Bundesregierung besonders gut unterrichtet ist, bringt einen bemerkenswerten Aufsatz über die Last des Krieges, die von Englands und Frankreichs Schultern ruhen wird, bis die Vereinigten Staaten in der Lage sind, wirksam einzugreifen, und sagt: Die amerikanische Armee wird außerstande sein, vor Herbst 1918 tatkräftige Unterstützung oder irgend welche Unterstützung überhaupt zu leisten. Sie wird daran sowohl durch Mangel an ausreichendem Schiffsraum, als durch die Rücksichtslosigkeit der militärischen Vorbereitungen verhindert werden. In der Frage der voraussichtlichen Dauer des Krieges schreibt die Wochenschrift: Es sehr wir auf einen ehrenvollen Frieden im Laufe des Jahres 1918 hoffen mögen, wäre es doch Torheit, nicht einzusehen, daß diese Aussichten durch die russische Kapitulation stark geschwächt worden sind. Der Krieg mag sehr wohl das Jahr 1919 hindurch fortgesetzt werden müssen, in welchem Falle die amerikanische Armee erhöhten Anteil an den militärischen Kosten dieses Jahres zu tragen haben wird. Anstatt, wie das Kriegsdepartement es tut, 30 Divisionen auszubilden und an den Fronten zu halten, wird es notwendig sein, nicht weniger als das Doppelte dieser Zahl aufzustellen und bis Frühjahr 1919 an die französische Front zu bringen.

Ein finnisches Heer? Gleich nach der Verkündung der Unabhängigkeit der Republik Finnland setzten die Beratungen der Parteien und des Landtages ein über die Frage der Bildung einer eigenen Armee. Im Landtag ging die Initiative vom Jungfinnen Mikko und Gnossen aus, die für eine unzerstörliche Wiederherstellung des finnischen Wehrwesens im Sinne der geltenden Verfassung eintreten und darüber hinaus für die Schaffung einer Volksmiliz auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Die geltende Verfassung, d. h. das Wehrgesetz vom Jahre 1878, soll so lange angewendet werden, als es möglich sein wird, die neue Volksmiliz zu schaffen, was immerhin eine längere Zeitspanne erfordern wird. In Aussicht genommen sind anfänglich Kader verschiedener Waffenartungen; etwa 5000 Mann, aus Freiwilligen rekrutiert. Dessen Aufgabe darin bestünde, Instruktoren und Offiziere für die künftige Miliz auszubilden, der ohne Ausnahme alle wehrfähigen Bürger angehören würden. Die Idee eines eigenen Heeres und den vorgelagerten Entwurf unterstützen die bürgerlichen Parteien, die als Topp der Miliz die schweizerische wählen möchten, und besonders eifrig verfechten den Gedanken einer eigenen Armee die Agrarier, um, wie sie hervorheben, der Marktheil und den Unruhen im Lande ein Ende zu bereiten. Aber auch in den bürgerlichen Reihen werden sich bereits Gegner der Heeresprojekte zum Wort, vorwiegend Frauen-Abgeordnete des Landtages und Pastoren, die prinzipielle Bedenken gegen die Schaffung einer eigenen Armee äußern. Außerst feindselig sind der Idee selbst die Sozialdemokraten gestimmt, das Hauptziel des ganzen Heeresprojektes im Kampf gegen den „Innen-Felud“ erblicken, und erklärt haben, sich keiner Ver-

